

Unsere Fragen im Einzelnen:

F1) Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?

A1) Tatsächlich besteht das beschriebene "Missverhältnis" zu Ungunsten von Eltern. Um dem zu begegnen, wollen wir auf Bundesebene ein familiengerechtes Steuersystem und Abgabengerechtigkeit in den Sozialversicherungssystemen. Das heißt zum einen, dass wir im Steuerrecht ein sog. Familiensplitting einführen wollen. Dabei wird die jeweilige Familie steuerlich als Erwerbsgemeinschaft betrachtet, die Summe der erzielten Einkünfte durch die Zahl aller Familienmitglieder geteilt und die jeweiligen Teilbeiträge dann versteuert. Die Summe der Teilbeiträge ergibt die Gesamtsteuerschuld.

Zum anderen sollen Kinderzahl und Erziehungsleistung bei der Rente stärker berücksichtigt werden. Das umlagefinanzierte Rentensystem war ursprünglich als echter Generationenvertrag konzipiert. Demnach sollten der Rentenanspruch auch an die Erziehungsleistung gekoppelt und die Solidargemeinschaft an den Kosten der Kinder durch eine Kinderrente finanziell beteiligt werden. Dieses Konzept wurde aber 1957 nicht umgesetzt. Das war ein Fehler, weil unser Rentensystem seither diejenigen finanziell belohnt, die keine Kinder bekommen und diejenigen benachteiligt, die Kinder bekommen. Hier wollen wir grundsätzlich umlenken.

F2) Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?

A2) Durch ein Familiengeld wollen wir sicherstellen, dass Eltern sich gleichberechtigt zwischen der Erziehung durch einen Elternteil oder der Betreuung in einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten entscheiden können. Siehe dazu auch die Antwort zu Frage 3.

F3) Besonders deutlich werden die Strukturängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?

A3) Die AfD möchte schrittweise ein Familiengeld in angemessener Höhe einführen. Dieses Familiengeld soll die Leistung honorieren, die Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder für die gesamte Gesellschaft leisten. Es soll durch eine entsprechende Leistung ermöglicht werden, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann. Dadurch wird den Eltern die Möglichkeit gegeben, sich frei von finanziellen Zwängen zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause zu entscheiden.

F4) Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?

A4) Die Inhalte und Methoden der Sozialpädagogik sind ebenso vielfältig wie diejenigen der Entwicklungspsychologie. Der freiheitliche Staat kann hier keine Vorgaben machen, schon gar nicht, wo es um die Freiheit von Forschung und Lehre geht. Allerdings kann der Staat beispielsweise über die seiner Verantwortung obliegenden Schulcurricula darauf hinwirken, dass die Pluralität von Methoden und Wegen nicht durch einseitige und ideologische Vorgaben untergraben wird.

Generell gilt es, ideologische Projekte, die wissenschaftlich nicht rechenschaftsfähig sind, aus der öffentlichen Betreuungs-, Schul- und Bildungsarbeit zurückzudrängen. Die Frühsexualisierung oder das Gendermainstreaming in Kindergärten und Schulen lehnen wir mit Entschiedenheit ab. An den Schulen soll insbesondere die Familie als Lebensgemeinschaft von Vater, Mutter und ihren Kindern als Leitbild gesellschaftlicher Lebensformen vermittelt werden.